

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung



Stephan Raabe

Transformation und Zivilgesellschaft in Polen

Die Kirche als „Verbündete“
der Zivilgesellschaft.

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

Nr. 1. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Europas Werte verteidigen.
Gemeinsam die Ziele in Europa erreichen*, 2007

Nr. 2. Dr. Andreas Schockenhof: *Russland - ein potenzieller Wertepartner?*, 2007

Nr. 3. Dr. Wolfgang Schäuble: *Deutschland und Polen – gemeinsam in Europa*, 2007

Nr. 4. Ronald Pofalla: *Freiheit für Belarus*, 2007

Nr. 5. Dr. Kazimierz Wóycicki: *Der Konflikt um die historische Erinnerung in Europa*, 2008

Nr 6. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Die Menschenrechte
- Grundlage der Europäischen Einigung*, 2008

Nr 7. Dr. Nils Goldschmidt: *Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft*, 2008

Nr 8. *Amerikanische Raketenabwehr in Europa*, 2008

Herausgeber:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen

Stephan Raabe

02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56

Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 22 848 54 37

E-mail: kas@kas.pl

www.kas.pl, www.kas.de

Redaktion

Stephan Raabe

Übersetzung ins Deutsche:

Janusz Obsada

Graphische Gestaltung und Satz:

Julita GROSSER, www.mediakoncept.pl

tel. /fax: +48 22 852 24 65

Printed in Poland.

Demokratie und Marktwirtschaft sind im postkommunistischen Polen auf einem guten Weg, doch der Aufbau einer Zivilgesellschaft braucht Zeit. Zwar hatte sich schon unter der Diktatur, begünstigt durch Papstbesuch und Solidarność-Gründung, eine ethische Bürgergesellschaft etabliert, deren Identitätsbildung durch die katholische Kirche starke Impulse erhielt. Doch sie erodierte nach der Wende. Die Religion selbst ist dagegen auch nach 1989 unverändert attraktiv, und die Kirche, die die polnische Nation über Jahrhunderte zusammenhielt, ist nach wie vor eine gut institutionalisierte Kraft. Auf ihr Potenzial sollte beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in einem modernen, pluralistischen Polen nicht verzichtet werden.

Dem Erzbischof von Oppeln, Prof. Dr. Alfons Nossol, gewidmet.

Warszawa, Ostern 2008

Eines der drei grundlegenden Ziele der Transformation in Polen wie überhaupt in Mittelosteuropa nach 1989 war neben der Einführung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie und der Marktwirtschaft die Ausbildung einer funktionstüchtigen Zivilgesellschaft. In Bezug auf die ersten beiden Ziele, Demokratie und Marktwirtschaft, kann man in Polen trotz einiger spezifischer Probleme eine erfolgreiche Entwicklung feststellen. So bescheinigt etwa der Bertelsmann Transformationsindex 2008 Polen bei Demokratie und Marktwirtschaft ein stabiles hohes Niveau. Allerdings liegt Polen hier etwas hinter Tschechien, Slowenien, Estland, Ungarn, Litauen und der Slowakei zurück auf Platz elf der weltweiten Rangliste von 125 Staaten. Relativ am schwächsten schneidet Polen in den Bereichen politische und gesellschaftliche Integration, Sozialordnung und Nachhaltigkeit ab. Zudem führte ein schwaches Regierungshandeln in den letzten Jahren zu einem Absturz beim Management-Index von Platz 23 im Jahr 2006 auf Platz 53 im Jahr 2008. Hier ist Polen weit abgeschlagen von der Leistung der anderen mittelosteuropäischen EU-Partner, die auf den Plätzen zwei (Estland) bis 22 (Rumänien) rangieren. Kriterien des Management-Index sind Gestaltungsfähigkeit, Ressourceneffizienz, Konsensbildung und internationale Zusammenarbeit.¹

Im Gegensatz zum Erfolg bei der Implementierung von Demokratie und Marktwirtschaft gibt es bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft scheinbar größere Schwierigkeiten. Polnische Soziologen und Kommentatoren stimmen im Wesentlichen darin überein, dass die Zivilgesellschaft in ihrem Land nur in einem wenig zufrieden stellenden Maße verwirklicht wurde.

Zivilgesellschaft als notwendige Komplementarität

Unter dem Begriff der Zivilgesellschaft wird nach einer Definition des Heidelberger Soziologen **Helmut Anheier** die Sphäre von Institutionen, Organisationen, Netzwerken und Individuen und ihrer Werthaltungen verstanden, die zwischen der Familie auf der einen und dem Staat und Markt auf der anderen Seite liegt, die durch eine Reihe von Regeln ver-

¹ Vgl. Bertelsmann Transformationsindex 2008: www.bertelsmann-transformation-index.de

bunden ist und in welcher Menschen freiwillig tätig sind im Sinne des Gemeinwohls.²

In der Beschreibung des Berliner Politikwissenschaftlers **Herfried Münkler** handelt es sich bei der Zivilgesellschaft um ein „*Kompensationsorgan der von Markt und Staat ausgehenden Bewegungsdynamik*“, das die Grundsätze der Legalität und politischen Macht im Bereich des Staates und der Nutzenmaximierung im Bereich der Wirtschaft durch das sittlich gute, am Gemeinwohl orientierte Leben der Bürger ergänzt, das wiederum „*weder mit den Zwangsmitteln des Staates erzeugt noch durch ein den Prinzipien der Konkurrenz folgendes Wirtschaftsleben verwirklicht werden kann*“.³ Angetrieben werde die Zivilgesellschaft deshalb zweifach: einerseits von außen durch die Bewegungsintensität von Politik und Markt; andererseits von innen durch die sittliche Gesinnung der Bürger, die ihren Beitrag zu einem guten Zusammenleben leisten wollten, wobei Aufmerksamkeit und Anerkennung zusätzliche Bewegungsmomente bildeten. Durch die Bereitstellung sittlicher Ressourcen kompensiere und fundiere die Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist ein „Kompensationsorgan der von Markt und Staat ausgehenden Bewegungsdynamik“.

² Vgl. **Helmut Anheier**: Civil Society. Measurement and Policy Dialogues, London 2004, 22. Den Stand der sozialwissenschaftlichen Diskussion mit empirischem Material und kritischen Einschätzungen gibt der von **Ansgar Klein** u.a. herausgegebene Band wieder: Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration (Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 14), Wiesbaden 2004; aus amerikanischer Sicht ist interessant: **Francis Fukuyama**, Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet. Wien 2000. Fukuyama vertritt die These, dass die durch den Wandel zur Informationsgesellschaft entstehenden sozialen Probleme von den Gesellschaften durch die Bildung neuer Normen gelöst werden. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, dass nur Gesellschaften in der Lage seien eine neue Ordnung zu erfinden, die genügend Sozialkapital aufweisen. Unter Sozialkapital sei die Zusammenfassung informeller sowie formeller Normen zu verstehen, die von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt werden, um eine effektive Kooperation untereinander zu ermöglichen. Hohes Sozialkapital stehe häufig im Zusammenhang mit niedrigen Kriminalitätsraten und der generellen Bereitschaft, sich für die Gesellschaft zu engagieren (ebd. 31 ff., 329 ff., 368 ff.). Zur Relevanz der Zivilgesellschaft im europäischen Mehrebenensystem vgl. **Michèle Knodt, Barbara Finke** (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien (Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 18), Wiesbaden 2005 und darin den Beitrag von **Gesine Fuchs**, Europäisierung der Zivilgesellschaft ...: die polnischen Frauenbewegung. Zur Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Entwicklungspolitik vgl. **Berthold Kuhn**, Entwicklungspolitik zwischen Markt und Staat, Frankfurt a.M. 2005.

³ **Herfried Münkler**: Was bewegt die Zivilgesellschaft, und wohin führt das? Vortrag vor der VW-Stiftung, Hannover 21. März 2006, 9, 5: www.hannover.de/data/download/gesundheit_soiales/s/M__nklerVortrag.pdf.

Im Gegensatz zum Erfolg bei der Implementierung von Demokratie und Marktwirtschaft gibt es bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft scheinbar größere Schwierigkeiten.

die im Bereich von Staat und Wirtschaft geltenden habituellen Regeln und bilde so eine „Instanz politisch-gesellschaftlicher Risikobegrenzung“⁴. Staat, Markt und Zivilgesellschaft seien auf diese Weise, so Münkler, aufeinander angewiesen. Die Zivilgesellschaft sei dabei „kein bloßes Ornament der politisch-gesellschaftlichen Ordnung, mit dem man sich schmücken, auf das man zur Not aber auch verzichten kann, sondern es handelt sich um eine notwendige Komplementarität, ohne die die politisch-gesellschaftliche Ordnung aus der Balance kommt“. In der Zivilgesellschaft werde der notwendige Bürgersinn generiert und finde eine Identifizierung mit dem Gemeinwesen statt, durch die die Orientierung auf das Gemeinwohl erst Kraft und Verbindlichkeit erlange. Deshalb wiesen Demokratien, die auf keinem soliden zivilgesellschaftlichen Unterbau beruhten, „ein gefährliches Defizit“ auf, und nicht wenige seien an diesem Defizit gescheitert. Dauerhaften Bestand hätten wohl nur jene Demokratien, die immer wieder durch Zivilgesellschaften austariert würden.⁵

Hinkende Zivilgesellschaft und unreife Demokratie in Polen

Geht man von dem eben erläuterten Theorem der komplementären Kompensation aus, dann scheinen die folgenden Urteile über die Zivilgesellschaft in Polen auf einen krassen Missstand hinzuweisen. So kommt die Soziologin **Maria Jarosz** in ihrer Untersuchung der bestehenden Transformationshürden in Polen zur Feststellung: „Die Zivilgesellschaft hinkt noch. Im Gegensatz zu den alten Demokratien herrscht Kampf vor (meist um geringe Dinge), nicht aber die Suche nach gemeinsamen Merkmalen, nach Dialog. (...) Es ist höchste Zeit, Schlussfolgerungen aus der einfachen Wahrheit zu ziehen, dass man die Gesellschaft mit Achtung behandeln soll und muss, als Subjekt, nicht nur als potentielle Wählerschaft, die sich hin und her manövrieren lässt.“⁶

4 Ebd. 10.

5 Ebd. 8.

6 **Maria Jarosz**, Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahr nach der Wende, Wiesbaden 2005, 275; dass die Zivilgesellschaft in Polen „noch wenig ausgeprägt sei“, stellt mit Bezug auf die polnische Soziologin und Präsidentin des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Lena Kolarska-Bobińska, auch der Journalist **Reinhold Vetter** fest in seinem Buch: Wohin Steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis, Berlin 2008, 180.

Diese Analyse wird durch eine jüngst auf Deutsch erschienene Studie des polnischen Soziologen **Piotr Gliński** bestätigt. Er stellt fest: „Die zivilgesellschaftlichen Strukturen sind in Polen relativ schwach und stellen keinen äquivalenten Partner für den Bereich der Geschäftswelt und der Politik dar. Dies ist eine der grundlegenden Ursachen der Schwäche der polnischen Demokratie sowie zahlreicher Probleme, mit denen die polnische Gesellschaft sich nicht zu helfen weiß. Eine übermäßige soziale Ausdifferenzierung, Armut, gesellschaftliche und institutionelle Pathologien, Anfänge von Anomie, die Kommerzialisierung und Mediatisierung der Kultur und nicht zuletzt die Krise im politischen Leben – all diese modernen Plagen unreifer Demokratien sind auch dem polnischen Staat und der Gesellschaft nicht fremd und haben ihre Ursache in der Unterentwicklung der gesellschaftlichen Beteiligung.“⁷ Gliński belegt dies mit etlichen Daten und Beobachtungen:

Auf der lokalen Ebene in den Kreisen und Woiwodschaften (Ländern) in Polen werde ein Modell der „Selbstverwaltung ohne Partizipation“ praktiziert, das zentralisiert, parteigepägt und oligarchisch sei. Der lokale Gemeinsinn trage deshalb häufig Züge einer paternalistischen und klientelistischen Beziehung.

Das Sozialkapital – das sich im Verständnis von Robert Putnam auf soziale Netzwerke und mit diesen verbundenen Normen bezieht⁸ – liege in Polen unter 20 Prozent. Das sei einer der niedrigsten Werte in Europa. Polen habe zudem eine der niedrigsten Raten an zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Das relativ seltene Engagement in diesem Bereich sei eine Folge der kulturellen Herabsetzung der Gesellschaft im Kommunismus.

Inhaltlich seien mit rund 40 Prozent die meisten NGOs im Freizeitbereich tätig, knapp 23 Prozent im kulturellen Bereich, rund zehn Prozent in Bildung und Erziehung sowie im sozialen Bereich und sechs Prozent im Sektor der

7 **Piotr Gliński**, Die Zivilgesellschaft in Polen, Polen-Analysen Nr. 25 vom 15.1.2008, hg. u.a. vom Deutschen Polen Institut Darmstadt, 2 f.

8 **Robert Putnam**, Making Democracy Work. Civic Tradition in Modern Italy, Princeton 1993, 167: „Sozialkapital kann am einfachsten beschrieben werden als ein Merkmal von sozialen Organisationen, ausgedrückt durch Vertrauen, Normen und Netzwerke, die durch Erleichterung koordinierter Aktionen die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft verbessern“ (Übersetzung vom Autor).

Dies ist eine der grundlegenden Ursachen der Schwäche der polnischen Demokratie...

Das größte Hemmnis: die schlechte finanzielle Situation

regionalen Entwicklung. Nur 1,8 Prozent der Nichtregierungsorganisationen engagierten sich dagegen für Politik und Bürgerrechte.⁹

Das größte Hemmnis beim Aufbau der Zivilgesellschaft sei die schlechte finanzielle Situation. Die Hauptfinanzierungsquelle seien neben Spenden zwar öffentliche Gelder mit knapp 36 Prozent. Doch sei der Anteil der öffentlichen Mittel zur Förderung der Zivilgesellschaft zwei- bis dreimal geringer als in den westeuropäischen Ländern. Der polnische Nichtregierungssektor sei nach vorsichtigen Schätzungen ökonomisch mindestens fünf Mal schwächer als der durchschnittliche Sektor in den westlichen Ländern. Die Situation werde durch die immense materielle Differenzierung innerhalb des Sektors noch kritischer. „2006 kumulierten 4 % der reichsten Organisationen ca. 80 % des Gesamteinkommens des Sektors“.¹⁰

In diesem Zusammenhang spielt auch das ausländische Kapital einschließlich der EU-Mittel eine größere Rolle, auf das nach eigenen Angaben zwar nur rund neun Prozent der NGOs zurückgreifen, das aber wohl einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Finanzierung des zivilgesellschaftlichen Sektors haben dürfte. Dabei umfasst die Hilfe aus dem Ausland neben dem finanziellen Aspekt auch organisatorische, kulturelle und politische Förderungsaspekte.¹¹

Die ablehnende Haltung des größeren Teils der polnischen Eliten, bilde eine grundsätzliche Blockade für die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die polnischen Eliten seien im Entstehungsprozess des Nichtregierungssektors sehr wenig aktiv gewesen. „Man kann sagen, so, wie viele Institutionen der polnischen Demokratie von oben entworfen und etabliert wurden, so musste sich die polnische Zivilgesellschaft von unten entwickeln, mit Hilfe aus dem Ausland, durch einen bestimmten, nicht großen Teil der polnischen Nation, häufig gegen die sog. Eliten. Deshalb hat sie vielleicht auch einen begrenzten

9 Vgl. die bei Gliński, aaO. Anm. 7, 9, aufgeführte Statistik zu den Tätigkeitsfeldern der NGOs in Polen.

10Ebd. 5.

11Vgl. ebd. 6.

Umfang.“¹² Eine Folge des Misstrauens gegen den gesellschaftlichen Pluralismus „von unten“ sei die lange währende Rückständigkeit der polnischen Gesetzgebung hinsichtlich der Regulierung der Partizipation gewesen, die bis heute nicht überwunden sei.

Neben dem „Verrat der Eliten“ nennt Gliński vier weitere Blockadefaktoren, die eine weitergehende Entwicklung der Zivilgesellschaft verhindert hätten: erstens die nicht ausgereifte Gestalt der partizipativen Demokratie, zweitens spezifisch feindliche Interessengruppen, drittens den Stand des öffentlichen Bewusstseins, viertens die inneren Schwächen des Sektors selbst. Zu diesen Schwächen gehörten das Unvermögen, eine angemessene Mitgliederbasis aufzubauen, Schwierigkeiten bei der Bildung einer gemeinsamen Interessenvertretung, eine relativ niedrige Organisationskultur, das Phänomen der Oligarchisierung der Eliten dieses Bereiches, die Neigung zu klientelistischen Beziehungen, die Kommerzialisierung und Gouvernmentalierung sowie das Brechen der ethischen Standards.¹³

Die Hauptursachen für positive Entwicklungen seien dagegen der dauerhafte Druck „von unten“ seitens der Vertreter des NGO-Sektors, ein seit 2001 günstigeres politisches Klima sowie die Integration in die EU und die damit verbundenen Finanzströme und Einflüsse. „Dies bedeutet eine Verbesserung der finanziellen Situation des Dritten Sektors, eine weitere Stärkung der führenden Organisationen, den Anstieg der Konkurrenz innerhalb des Sektors und eine fortschreitende Übermittlung von Mustern der europäischen NGO-Kultur.“¹⁴

Die „ethische Bürgergesellschaft“ als wirksames Instrument

Ganz im Gegensatz zu der relativen Schwäche der Zivilgesellschaft im heutigen demokratischen Polen steht die wirkmächtige Rolle, die sie in Polen beim

12Ebd. 6; Münkler, aaO. Anm. 3, 9 f., liefert eine Erklärung für die häufiger anzutreffende skeptische Distanz gesellschaftlicher Avantgarden gegenüber der Zivilgesellschaft. Dies liege daran, dass die Zivilgesellschaft als Kompensationsorgan keine eigene Entwicklungsrichtung vorgebe und deshalb diejenigen, die die Richtung verändern wollten, dies nicht aus der Zivilgesellschaft heraus tun könnten, sondern sich in Politik oder Wirtschaft hineinbegeben müssten.

13Gliński, aaO. Anm. 7, 7.

14Ebd. 8.

Verrat der Eliten

Kampf gegen den Kommunismus gespielt hat. Der Soziologe **Edmund Wnuk-Lipiński** weist auf das interessante Phänomen hin, dass sich gerade in Polen die Zivilgesellschaft als „*ethische Bürgergesellschaft*“ als „*außerordentlich wirksames Instrument der gesellschaftlichen Emanzipation gegenüber dem kommunistischen Regime*“ erwiesen habe. Deshalb sollte sie als eine Gesellschaft, „*in der ethische Normen das ausschlaggebende Handlungsmotiv der sich für öffentliche Belange einsetzenden Bürger bilden – und eben nicht bestimmte Einzel- oder Gruppeninteressen*“, auch stärker als bisher bei der Analyse der internationalen Beziehungen berücksichtigt werden.¹⁵

In Polen hat sich die Zivilgesellschaft als „ethische Bürgergesellschaft“ als „außerordentlich wirksames Instrument der gesellschaftlichen Emanzipation“ erwiesen..

Wnuk-Lipiński geht von der generellen These aus, dass eine „ethische Bürgergesellschaft“ eher in Ideologie geleiteten, undemokratischen, den öffentlichen Raum überwachenden Herrschaftssystemen auftauche. „*Unter diesen Bedingungen streben staatsbürgerliche Initiativen in Alternative zu den vom omnipotenten Staat künstlich geweckten und kontrollierten Initiativen eher im moralischen Bereich und weniger mittels spezifischer Gruppeninteressen nach Legitimation.*“¹⁶ Der starke Glaube an Werte motiviere zu einem in Diktaturen notgedrungen riskanten Handeln. Polen sei aus zwei Gründen besonders interessant, um die Demokratisierung im Ostblock zu illustrieren: Erstens setzte die Erosion des Kommunismus maßgeblich in Polen ein; zweitens sei Polen ein „römisch-katholisches“ Land und die dominierende Religion bei der Transformation von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der sich nach dem Papstbesuch 1979 und der Gründung der Gewerkschaftsbewegung Solidarność 1980 wirkmächtig herausbildende Prototyp einer „*ethischen Bürgergesellschaft*“ habe sich in Polen durch Kriegsrecht und Maßnahmen der „*Normalisierung*“ des Regimes nicht mehr auslöschen lassen. Im schützenden Schatten der katholischen Kirche und im Untergrund habe sich eine breite,

¹⁵**Edmund Wnuk-Lipiński**, Die verschlungenen Pfade der Gestaltung der Bürgergesellschaft (polnisch: społeczeństwa obywatelskiego) in Mitteleuropa, Heft 1/2008 der Reihe: Christentum, Welt, Politik. Hg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, 7, 23. Die Begriffe Bürger- und Zivilgesellschaft hängen – auch bedingt durch den englischen Begriff civil society – in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion eng zusammen. Sie meinen in dem hier beschriebenen Kontext weitgehend das gleiche. So spricht etwa auch **Münkler** (aaO. Anm. 3, 2 f.) von der Zivilgesellschaft als dem „Ort des bürgerschaftlichen Ethos“ und der bürgerlichen Freiheit.

¹⁶**Wnuk-Lipiński**, aaO. Anm. 15, 7 f.

von großen Teilen der Gesellschaft getragene Parallelgesellschaft gebildet und hätten sich Gegeneliten gruppiert, die durch die Politik der Perestroika in der Ära Gorbatschow Unterstützung erhielten. Dies sei in dieser Dimension einzigartig im Ostblock gewesen und habe von Februar bis Juni 1989 zu den Verhandlungen am Runden Tisch mit dem Ergebnis des Übergangs zur Demokratie geführt. Der Systemwandel wäre unmöglich gewesen, so Wnuk-Lipiński, wenn es in Polen nicht starke gesellschaftliche Kräfte gegeben hätte, denen es durch externe Faktoren erleichtert wurde, gemeinsame Orientierungspunkte und einen moralischen Rahmen für kollektives Handeln zu finden.¹⁷

Die Verbindung von christlicher Kultur und Demokratisierung

In Anschluss an den amerikanischen Politikwissenschaftler **Samuel Huntington** und den indisch-britischen Experten für politische Theorie **Bhikhu Parekh**¹⁸ verweist Wnuk-Lipiński darauf, dass die christliche Kultur für den Verlauf der dritten Demokratisierungswelle in den 70er und 80er Jahren von erheblicher Bedeutung gewesen sei. So seien weltweit 72 Prozent der durch eine christliche Kultur geprägten Staaten freie Demokratien, dagegen nur vier Prozent der islamisch geprägten Staaten und 37 Prozent der Staaten mit anderen dominierenden Religionen. In den ehemaligen Ostblockländern sind die acht vorherrschend dem westlichen Christentum anhängenden Staaten heute alles freie Demokratien; von den acht christlich-orthodox geprägten Staaten allerdings nur zwei¹⁹, von den islamischen Staaten keiner. So kommt er zu der Schlussfolgerung: Der „*christliche Glaube bilde einen kulturellen Nährboden, der nach dem Zerfall eines nichtdemokratischen Systems den Übergang zur Demokratie weitaus wahrscheinlicher mache als die Akzeptanz einer neuen Variante von autoritärer Herrschaft*“. Dies lenke den Blick zwangsläufig auf die kulturel-

Die christliche Kultur war für den Verlauf der dritten Demokratisierungswelle in den 70er und 80er Jahren von erheblicher Bedeutung.

¹⁷Vgl. ebd. 9, 16 f.

¹⁸**Samuel Huntington**, The Third Wave: Democratisation in the Late Twentieth Century, London 1991, 72 – 76; **Bhikhu Parekh**, The Cultural Particularity of Liberal Democracy (Political Studies 40, 1992), 160 – 175.

¹⁹Bulgarien und Rumänien; die Ukraine ist ebenfalls auf dem Weg zur Demokratie weiter fortgeschritten.

Die kulturelle Prägung des westlichen Christentums begünstigt die Herausbildung von Bürgergesellschaften.

len Determinanten der Funktionsweise demokratischer Herrschaft, wobei davon auszugehen sei, dass die kulturelle Prägung des westlichen Christentums die Herausbildung von Bürgergesellschaften besonders begünstigt, weil der in diesen Gesellschaften beanspruchte Subjektcharakter mit den im Christentum verankerten moralischen Normen übereinstimmt.²⁰

Allerdings bemerkt Wnuk-Lipiński auch, dass die Pluralisierung des öffentlichen Lebens nach dem Fall undemokratischer Herrschaftssysteme unweigerlich zur Erosion der „ethischen Bürgergesellschaft“ führe. „Obwohl diese also ein notwendiges Instrument bei der Aushöhlung von sozialen Unterdrückungssystemen bildet, ist sie kaum in der Lage, den Zusammenbruch dieser Systeme unbeschadet zu überdauern. Denn in dieser Phase wird das Ringen um hehre moralische Werte überwiegend vom Kampf um spezifische Gruppeninteressen abgelöst.“²¹ Auf die Funktion der Bürgergesellschaft in einer sich entwickelnden Demokratie geht er nicht näher ein. Er stellt jedoch perspektivisch fest: Lebendige, lokale Bürgergesellschaften, die sich auf ein gemeinsames Minimum an normativen Grundüberzeugungen berufen, könnten nach einer weiteren Ausbreitung der dritten Demokratisierungswelle die Chancen für die Entstehung einer neuen, gerade in den vielfältigen Bürgergesellschaften vor Ort verwurzelten Weltordnung erhöhen.²²

Freiheit und soziale Verantwortung

Wenn es einerseits einer Zivilgesellschaft bedarf, um den dauerhaften Bestand einer Demokratie zu gewährleisten, andererseits aber die Pluralisierung des öffentlichen Lebens – bis hin zur Herausbildung multikultu-

²⁰Wnuk-Lipiński, aaO. Anm. 15, 20, 23; zur Bedeutung der konfessionellen Struktur Grenzen in Europa vgl. Stanisław Frącz, Im Spannungsfeld von Nationalismus und Integration. Zur Komplexität des Transformationsprozesses der postkommunistischen Gesellschaften unter osteuropäischen Gegebenheiten, Bonn 2006, insbesondere 50 – 59, sowie Stephan Raabe, Europa West und Ost. Über kulturelle Prägungen eines lernenden Kontinents und den gemeinsamen Entschluss zur Zukunft, in: ders. (Hg.), Europa Gedanken. Anstöße zur Entdeckung der politischen Identität Europas. Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau 2006, 43 – 54.

²¹Wnuk-Lipiński, aaO. Anm. 15, 8.

²²Vgl. ebd. 24 f.

reller Parallelgesellschaften, die separaten Regeln folgen – zu einer Erosion ethisch-normativ geprägter Zivilgesellschaften führt, wie es sie in Polen gab, dann stellt sich die Frage, woher in der freiheitlich-pluralistischen Demokratie die Kräfte kommen, die für eine funktionierende Zivilgesellschaft sorgen. So wie es sich lohnt, in autoritären Herrschaftsordnungen Ausschau nach entstehenden „ethischen Bürgergesellschaften“ zu halten, die in der Lage sind, den gesellschaftlichen Subjektcharakter wahrzunehmen, so ist es auch im demokratischen Staat notwendig, diejenigen Regulierungskräfte zu identifizieren und zu fördern, die seinen Bestand durch moralische Substanz und soziales Engagement garantieren helfen. Denn nach dem bekannten Diktum des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde lebt der freiheitlich, säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.²³ Die Frage nach diesen Voraussetzungen zu stellen, ist gerade unter den Belastungen eines fortlaufenden gesellschaftlichen Transformationsprozesses, so wie er sich in Mittel- und Südosteuropa mit vielfältigen Veränderungen, Friktionen und Orientierungsfragen vollzieht, von großer Bedeutung.

Böckenförde hat mit seinem Hinweis auf die Rolle der Religion eine mögliche Richtung bei der Beantwortung der Frage angesprochen. Er schreibt: „So wäre denn noch einmal ... zu fragen, ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seinen Bürgern vermittelt. Freilich nicht in der Weise, dass er zum christlichen Staat zurückgebildet wird, sondern in der Weise, dass die Christen diesen Staat in seiner Wirklichkeit nicht länger als etwas Trennendes, ihrem Glauben Feindliches erkennen, sondern als die Chance der Freiheit, die zu erhalten und zu

²³Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt 1976, 60: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat“.

Der freiheitlich, säkularisierte Staat lebt von von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.

*realisieren auch ihre Aufgabe ist.*²⁴ Damit ist die Verantwortung des Christen in Staat und Gesellschaft angesprochen, der in Polen vor dem Hintergrund der starken christlich-religiösen Grundierung eine wesentliche Rolle zukommt.

Die Kirche als Verbündete der Zivilgesellschaft

Manches spricht dafür, dass die katholische Kirche als „*der institutionalisierteste Teil der polnischen Zivilgesellschaft*“ die aufgeführten Defizite im zivilgesellschaftlichen Bereich zumindest teilweise ausgleicht und damit wesentlich dazu beiträgt, dass die Gefahr des demokratischen Scheiterns und der gesellschaftlichen Deprivation sich insgesamt in Grenzen hält.²⁵ Dies scheint dann etwas aus dem Blick zu geraten, wenn ein liberal-laizistisches Paradigma die Sichtweise dominiert und das historisch-kulturelle Gewicht der Kirche in Polen nicht ausreichend beachtet wird oder aber das volkswirtschaftliche Element als derart selbstverständlich vorausgesetzt wird, dass es im Zusammenhang der Zivilgesellschaft gar nicht mehr eigens auftaucht. Wie dem auch sei, die geschichtlichen und die aktuellen religionssoziologischen Daten weisen eindeutig darauf hin, dass die katholische Kirche in Polen eine der ganz wesentlichen inneren

²⁴Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert*, München 2006, 72. Vgl. Joseph Ratzinger, *Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft* bestehen, Freiburg 2005; ders., *Wahrheit, Werte, Macht. Prüfsteine der pluralistischen Gesellschaft*, Freiburg 1994², insbes. 87 – 89; Josef Thesing, *Demokratie, Staat und Religion. Werte und Bindungskräfte*. Manuskript eines Vortrages in der Akademie der Völker und Kulturen in St. Augustin am 7. März 2008; Wolfgang Ockenfels, *Moralische Werte zur Stabilisierung der Demokratie*, und Christopher Cullen, *Community, Religion and Virtue in Modern Liberal Democracies*, beides in: Anton Rauscher (Hg.), *Die fragile Demokratie – The Fragility of Democracy*, Berlin 2007, 47 – 60, 95 – 108. Zur Rolle der Religion bei der „Rekonstruktion der gesellschaftlichen Ordnung“ in der Informationsgesellschaft vgl. Fukuyama, aaO. Anm. 2, 368 f., der ganz im Gegensatz zu Richard Rorty (vgl. unten Anm. 30) meint: „Wir sind nicht so modern und so säkularisiert, dass wir ohne Religion auskommen“; „die beiden wichtigsten Quellen für einen weiten Radius von Vertrauen sind: Religion und Politik“.

²⁵Vgl. zum Folgenden die Untersuchung von Dirk Lenschen, *Kirche und Zivilgesellschaft in Polen*, in: Manfred Spieker (Hg.): *Katholische Kirche und Zivilgesellschaft in Osteuropa. Postkommunistische Transformationsprozesse in Polen, Tschechien, der Slowakei und Litauen*, Paderborn 2003, 367 – 450, hier 427; auch Gliński, aaO. Anm. 7, 3 f., verweist auf die „Orientierung auf die Kirchengemeinden und eine Ausprägung der Zivilgesellschaft über kirchennahe Organisationen“ insbesondere auf der lokalen Ebene sowie auf Untersuchungen aus denen hervorgehe, „dass die in der kirchlichen Umgebung angesiedelte zivilgesellschaftliche Aktivität noch wesentlich stärker verbreitet ist“, als dies in den gängigen Statistiken deutlich werde.

Regulierungskräfte im Sinne Böckenfördes und ein zentrales Kompensationsorgan im Sinne Münklers ist.²⁶

Geschichtlich war die Kirche über mehr als 200 Jahre die Prägungsmacht, die die polnische Nation in den Zeiten nationaler Fremdherrschaft (1772 – 1918), deutscher und russischer Okkupation (ab 1939) und kommunistischer Diktatur (1945 – 1989) zusammenhielt als eine Art geistige Nation und als Anwalt des polnischen Volkes. Dies änderte sich mit der friedlichen Revolution 1989 grundlegend. Die Kirche wurde jetzt zwar nicht mehr unterdrückt, verlor aber auch ihre privilegierte Stellung als Anwalt des Volkes und musste sich in einer freiheitlichen Gesellschaft und pluralistischen Demokratie zurechtfinden. Die dadurch angestoßenen Wandlungsprozesse in der Kirche verliefen nicht ohne Schwierigkeiten und sind auch heute noch nicht endgültig abgeschlossen.²⁷ Insbesondere in den neunziger Jahren, so Dirk Lenschen, der die Rolle der Kirche in der polnischen Zivilgesellschaft eingehend untersucht hat, habe sich die Kirche schwer getan, ihre neue Rolle zu bestimmen. Das sei dem ungewohnten Umgang mit der Demokratie, der integralistischen Gleichsetzung von Glaube und Nation, der manchmal fehlenden Dialogbereitschaft und Toleranz geschuldet gewesen sei. Aber auch das verzerrte Kirchenbild im Lager der laizistischen Linken und der Postkommunisten habe die Probleme von Kirche und Gesellschaft in Polen mit verursacht. Mittlerweile scheine die Kirche jedoch ihre „Kinderkrankheiten“ überstanden zu haben und sei „zu einem der stärksten Förderer und Stabilisatoren der polnischen Zivilgesellschaft“ geworden. Aufgrund ihrer vielfältigen Organisationen und Bewegungen und nicht zuletzt wegen ihrer Soziallehre verfüge sie über ein „außerordentlich wertvolles Potential zum Aufbau und zur Förderung der

Mittlerweile scheint die Kirche ihre „Kinderkrankheiten“ überstanden zu haben.

²⁶Zur Rolle der Kirche in Polen siehe u.a.: Klaus Ziemer, *Kirche*, in: *Deutsche und Polen*, hg. von Andreas Lawaty, Hubert Orłowski, München 2003, 418 – 425; Piotr Buras, Henning Tewes, *Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt* (Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Warschau, Stuttgart 2005, 193 – 218, *Der Triumph des Glaubens und die Angst vor der Freiheit: Polens Kirche nach dem Ende des Kommunismus*; Vetter, aaO. Anm. 6, 187 – 192: *Kirche im Widerspruch*, sowie Kai-Olaf Lang, *Polens Katholizismus und die europäische Integration*. Bericht des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien Nr. 14, Köln 2000.

²⁷Vgl. Lenschen, aaO. Anm. 25, 424 ff.

Die katholische Kirche ist in Polen eine der ganz wesentlichen inneren Regulierungskräfte und ein zentrales Kompensationsorgan.

Der Katholizismus in Polen hat im vergangenen Jahrzehnt die Rolle eines Verbündeten der Bürgergesellschaft gespielt.

*Zivilgesellschaft*²⁸ Nach Auffassung des polnischen Philosophen und Politikers **Jarosław Gowin** habe sich trotz der häufig geäußerten Meinung vom fundamentalistischen Potential der traditionellen polnischen Religiosität sogar gezeigt, „dass mehr Gläubigkeit dem staatsbürgerlichen Engagement und der Unterstützung der Demokratie zuträglich ist. Der Katholizismus in Polen hat im vergangenen Jahrzehnt keine feindliche, sondern die Rolle eines Verbündeten der Bürgergesellschaft gespielt“.²⁹

Hohe Religiosität

Dass die Kirche mit ihren Organisationen und Bewegungen, Gemeindekreisen und Initiativen durchaus als die umfassendste und wirksamste zivilgesellschaftliche Prägekraft in Polen angesehen werden kann, bekräftigen auch aktuelle religionssoziologische Daten. Im Gegensatz zu der Erwartung einer mit der Transformation und Modernisierung einhergehenden Laisierung, wie in den westlich-liberalen Ländern,³⁰ blieb die Religiosität in Polen nach der Wende 1989 auf einem hohen Niveau relativ stabil.

Mehr als 90 Prozent der Menschen in Polen gehören der katholischen Kirche an. Nach den Kirchgängerzählungen gehen seit 1992 relativ konstant über 45 Prozent der Katholiken regelmäßig am Sonntag in den Gottesdienst.³¹ Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum sind in Deutschland die Zahl der Katholiken um 2,6 Millionen und der Anteil der sonntäglichen

28 Ebd. 448; vgl. zu den Schwierigkeiten der Kirche in der neuen Situation 434 – 443.

29 Zitiert nach **Lenschen**, aaO. Anm. 25, 450.

30 Dort postulierte der amerikanische Philosoph **Richard Rorty** bezeichnenderweise, die Kultur einer liberalen Gesellschaft sollte „darauf zielen, uns von unserem ‚tiefen metaphysischen Bedürfnissen‘ zu heilen“; vgl. ders., Kontingenz, Ironie und Solidarität, Frankfurt a.M. 1989, 87; **Joseph Ratzinger** kritisiert dies in Anlehnung an den Philosophen Robert Spaemann als „banalen Nihilismus“, vgl. ders., Wahrheit aaO. Anm. 24, 16f.; zur Säkularismusthese mit ihren antireligiösen ideologischen Tendenzen, die den Raum des politischen Diskurses mitunter einseitig weltanschaulich okkupiert und jeden religiösen Wahrheitsanspruch als Fundamentalismus denunziert, vgl. **Alfons Nossol**, Die Wirksamkeit von Ideologien, Vortrag vor dem Europäischen Forum Alpbach am 29.8.2006, 5f.

31 Vgl. die Kirchgängerstatistik unter: www.iskk.ecclesia.org.pl/praktyki-niedzielne.htm; sowie **Tadeusz Szawiel**, Religiosität in Polen im europäischen Kontext. Analyse, Tabellen und Graphiken, Polen-Analysen Nr. 22, 6.11.2007, hg. u.a. vom Deutschen Polen Institut.

Kirchenbesucher unter den Katholiken von durchschnittlich mehr als 20 auf 14 Prozent zurückgegangen.³²

Mit einem Wert von 6,57 auf einer Skala von null bis zehn hat Polen den höchsten Wert hinsichtlich der Gläubigkeit der Bevölkerung unter den größten Staaten der EU (gefolgt von Italien 5,98, Irland 5,91, Spanien 4,67 und Deutschland-West 4,66), wobei der hohe Grad an Religiosität unter jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren mit 5,82 Punkten bemerkenswert ist (Italien 5,42; Irland 4,7, Deutschland-West 3,49, Spanien 3,31). 54 Prozent der Polen geben an, mindestens einmal wöchentlich den Gottesdienst zu besuchen, 49 Prozent sagen, dass sie mindestens einmal täglich beten. Nur Irland liegt hier mit 56 Prozent beim Gottesdienstbesuch und 51 Prozent beim Gebet knapp vor Polen. Vergleicht man dies mit den Verhältnissen im Gebiet der ehemaligen DDR, das am Ende der europäischen Skala rangiert, wird der riesige Unterschied deutlich: Dort hat die Gläubigkeit den Rang von 2,51 Punkten und 1,82 Punkten bei den jungen Erwachsenen; nur fünf Prozent gehen regelmäßig in den Gottesdienst (11 % in West-Deutschland), nur sieben Prozent beten täglich (16 % in West-Deutschland). Die Zahlen wurden 2006/2007 im Rahmen des European Social Survey erhoben.³³ Sie sind auch insofern von Bedeutung, weil durchschnittlich soziales Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftlich-politisches Engagement unter bewussten Christen offenbar deutlich höher ausgeprägt sind als bei anderen Menschen.³⁴ Bei der Frage des Vertrauens in Institutionen lagen 2006

32 **Daniel Deckers**: Weniger kirchlich, weniger religiös? In: FAZ vom 16.2.2008, S. 1. Dass auch in Deutschland die religiöse Orientierung, mit Ausnahme der ehemaligen DDR, stärker verbreitet und intensiver ist, als dies im Alltagsbewusstsein deutlich wird, darauf verweist der neue Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung: Deutschland – (k)ein Land der Gottlosen? www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/dtl_ergebnisse-im-ueberblick.pdf.

33 European Social Survey (ESS) – R. Jowell and the Central Coordinating Team, European Social Survey 2006/2007: Technical Report, London: Centre for Comparative Social Surveys, City University (2007), vgl. **Szawiel**, aaO. Anm. 31, 5; **Rainer Mende**, Kultur und Lebensgefühl junger Polen im 21. Jahrhundert, Polen-Analysen Nr. 27, 19.2.2008, hg. u.a. vom Deutschen Polen Institut, 11. Vgl. auch **Stefan Huber**, **Constantin Klein**, Kurzbericht zu einzelnen Ergebnissen der internationalen Durchführung des Religionsmonitors 2008 der Bertelsmann-Stiftung: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/kurzbericht_internationale_ergebnisse.pdf.

34 Vgl. dazu für Polen **Lenschen**, aaO. Anm. 25, 444; **Vetter**, aaO. Anm. 6, 192; für Deutschland mit Befunden der empirischen Sozialforschung: **Andreas Püttmann**, Sind Christen anders? In: Henryk Krzysteczko (Hg. mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung): Europa christlich gestalten, Katowice 2005, S. 53 – 68; ders., Was der Staat an seinen Christen hat, in: Zeitschrift zur politischen Bildung – Eichholz Brief 34 (1997), H. 4, 65 – 74; beides ist zugänglich unter: ww

Polen hat den höchsten Wert hinsichtlich der Gläubigkeit der Bevölkerung unter den größten Staaten der EU.

die katholische Caritas und die Kirche mit 83 bzw. 81 Prozent neben dem Roten Kreuz an der Spitze. Nato und EU vertrauen 63 bzw. 62 Prozent, Fernsehen und Zeitungen 55 bzw. 48 Prozent, der Regierung 47 Prozent, dem Parlament 30 Prozent, den Parteien 24 Prozent.³⁵

Der Warschauer Soziologe **Tadeusz Szawiel** erklärt die andauern hohe Religiosität in Polen gerade auch unter der jungen Generation mit fünf Faktoren: der Verwurzelung des Religiösen in der polnischen Kultur (1), der die Revolution von 1989 überdauernden „relativ stabilen lokalen Umgebung“ (2), der Funktionsfähigkeit der kirchlichen Institutionen (3), dem Religionsunterricht in der Schule (4) und dem polnischen Papst, der eine ganze Generation (Generation JP II) begleitet und geprägt habe.³⁶

Das kirchliche Potential nutzen

Die Kirche hat somit in Polen ein großes Potential, aktiv und gestalterisch auf die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse einzuwirken. Dies gilt es bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu nutzen, da der Einfluss der Kirche auf das öffentliche Leben in Polen auf absehbare Zeit weiter stark sein dürfte, erheblich stärker als etwa in Deutschland.³⁷ Der New Yorker Soziologe **José Casanova** vermutet vor diesem soziologischen Hintergrund, dass sich in Polen etwas vollziehen könnte, was es im westlichen Europa kaum gab: „Die Verbindung von Religiosität in der Breite der Bevölkerung und gesellschaftlicher Modernisierung“.³⁸

Und so kommt auch Dirk Lenschen am Ende seiner Studie zu Zivilgesellschaft und Kirche zum Ergebnis: „Ohne die Mitwirkung der katholischen Kirche wird der Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft und die Konsolidierung des demokrati-

35Umfrage des polnischen Instituts CBOS BS 24/2006 zum Vertrauen in den privaten und öffentlichen Sektor und die Zivilgesellschaft, vgl. www.cbos.pl.

36vgl. **Szawiel**, aaO. Anm. 31, 4; zur Situation nach dem Tod Johannes-Paul II. **Zbigniew Nosowski**, Quellen der Zuversicht. Die katholische Kirche in Polen nach Johannes Paul II., in Herder Korrespondenz 9 (2005) 460 – 464.

37So **Ziemer**, aaO. Anm. 26, 425; vgl. vgl. **Szawiel**, aaO. Anm. 31, 1, 4; **Vetter**, aaO. Anm. 6, 192.

38**Nosowski**, aaO. Anm. 36, 464.

schen Systems sowie der freien Marktwirtschaft in Polen nicht gelingen.“³⁹ Wichtig sei dabei aber, dass die Kirche ihre Funktion nicht so sehr als Kritikerin der Gebrechen von Demokratie und Zivilgesellschaft sehe, sondern vielmehr als Institution, die zum Aufbau der Grundlagen der Demokratie beiträgt. Bei dieser Aufgabe müsse die Kirche die bestehende Differenz zwischen Gesellschaft und Kirche im Sinne der vom Zweiten Vatikanischen Konzil proklamierten relativen Autonomie der weltlichen Kulturbereiche achten und ein dialogisches Verhältnis zu Gesellschaft und Politik anstreben. In Polen gehe es darum, die gesellschaftlichen Spaltungen, die aus der Zeit des Kommunismus fortwirkende dualistische Mentalität von Freund und Feind und die damit verbundene Atmosphäre des Misstrauens und Kampfes zu überwinden.⁴⁰ Dies Atmosphäre feierte just in den letzten zwei Jahren der so genannten „IV. Republik“ fröhliche Urstände in Polen.

Die Kirche in Polen hat die besten Möglichkeiten, den auch in einer pluralistischen Zivilgesellschaft und Demokratie notwendigen Bestand gemeinsamer moralischer Überzeugungen und Werte in Anlehnung an das christliche Menschenbild ins Bewusstsein zu rufen und zum sozialen und politischen Engagement zu motivieren. In diesem Sinne plädiert der Oppelner Erzbischof **Alfons Nossol** für eine „kritische Sympathie“ für die Demokratie als der einzig menschenwürdigen politischen Lebensform. Die Kirche wolle lernen, „mit differenzierten und geteilten Loyalitäten und im Kreuzfeuer unterschiedlicher Sinnsysteme zu leben. Das bedeutet: ... gemeinsames Ringen gegen die ideologische Gefahr, Verzicht auf doktrinaire Rechthaberei und dogmatische Arroganz. Unter den Bedingungen des Pluralismus und unter Beibehaltung des Respekts für die Freiheiten, muss die Kirche jenen minimalen axiologischen Konsens sichern, der für das soziale Leben unabdingbar ist.“⁴¹

39**Lenschen**, aaO. Anm. 25, 449.

40Vgl. ebd. 437ff.; Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“ (1965), Nr. 41,2; 43; 56-59.

41**Nossol**, aaO. Anm. 30, 7. Vgl. **Joseph Ratzinger**, Wahrheit aaO. Anm. 24, 23: „Die wesentlichen moralischen Einsichten zu pflegen, sie als ein gemeinsames Gut zu wahren und zu schützen, ohne sie zwanghaft aufzuerlegen, scheint mir eine Bedingung für das Bleiben der Freiheit gegenüber allen Nihilismen und ihren totalitären Folgen zu sein.“ Zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Demokratie siehe **Anton Rauscher**, Kirche und Demokratie. Der lange Weg des Zueinanderfindens, in: ders. (Hg.), Die fragile Demokratie – The Fragility of Democracy, Berlin 2007, 347 – 362.

„Kritische Sympathie“ für die Demokratie als der einzig menschenwürdigen politischen Lebensform

Ohne die Mitwirkung der katholischen Kirche wird der Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft nicht gelingen.

Die christlichen Laien sind herausgefordert, das kirchlich-christliche Potential zu nutzen.

Dafür muss sie aber zunächst ihre eigene innere Spaltung zwischen national-integristischen Kreisen um das Medienkonsortium Radio Maryja und den dialogbereiten offenen Teilen des Katholizismus, für den Nosol beispielhaft steht, überwinden. Die teilweise fundamentalistischen „Äußerungen von Radio Maryja widersprechen dem zivilgesellschaftlichen Geist“⁴². Der offene Katholizismus ist in seiner Dialogfähigkeit und Bereitschaft zum Engagement zu stärken. Insbesondere die christlichen Laien sind herausgefordert, das kirchlich-christliche Potential zu nutzen. Sie können noch stärker als bisher ihre Verantwortung bei der Gestaltung des Gemeinwesens wahrnehmen. Dabei ist das schon stärker ausgeprägte caritative Engagement und der Einsatz für Familie und Lebensschutz durch die Sorge um die Reform der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu ergänzen. Das ist Aufgabe der Laien, nicht der kirchlichen Amtsträger, und „diese Aufgabe ist bislang noch nicht in ausreichendem Maße verwirklicht worden“⁴³.

Noch ist der Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft in Polen im vollen Gange. Bürgerliches Engagement, Eigenverantwortung und Selbsthilfe müssen weiter eingeübt werden. Die Herausbildung einer auf demokratischen Werten beruhenden Zivilkultur braucht Zeit. Dabei spielt die Kirche für einen großen Teil der Bevölkerung in Polen als zivilgesellschaftliche Macht eine zentrale Rolle. Deshalb heißt Wirken in der Gesellschaft in Polen immer auch Wirken mit der Kirche.⁴⁴ Dabei muss die Zivilgesellschaft, jedenfalls unter christlichen Auspizien, keineswegs nur Refugium des Bewahrenden und des Ausgleichs im Sinne **Herfried Müncklers** sein. Motiviert durch Glaube, Hoffnung und Liebe taugt das zivilgesellschaftliche Engagement auch als „Salz der Erde“ zur Schaffung von Zukunftsperspektiven in der pluralistischen Demokratie ganz im Sinne einer „ethischen Bürgergesellschaft“

⁴²Lenschen, aaO. Anm. 25, 441.

⁴³Ebd. 448.

⁴⁴So eine Schlussfolgerung des Politikwissenschaftlers **Heinrich Oberreuter** nach einem knapp zweiwöchigen Aufenthalt im Februar 2008 in Polen zur Evaluation des dortigen Länderprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Edmund Wnuk-Lipińskis.⁴⁵ Denn aus den drei „göttlichen Tugenden“ ergeben sich nicht nur Trost und Geborgenheit, sondern auch Orientierung und Lebenssinn in der hochkomplexen Gesellschaft, in der wir heute leben.

Orientierung und Lebenssinn in der hochkomplexen Gesellschaft

⁴⁵Auf diese dynamische Art wollen übrigens auch diejenigen Linken die Zivilgesellschaft verstanden wissen, die in ihr nicht nur ein „Synonym für Renegatentum und grüne Realpolitik“ sehen. Für sie ist die Zivilgesellschaft ein Gebiet, in dem es durch kluge Bündnispolitik „Bastionen“ zu gewinnen gilt im revolutionären Kampf. Das muss man wissen, wenn man sich von diesen Linken nicht leichtfertig vereinnahmen lassen will im zivilgesellschaftlichen Engagement; vgl. Js., Zivilgesellschaft und Revolution. Antonio Gramscis Definition eines Begriffs, der zum Modewort wurde, in: analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 441, 31.8.2000 (www.akweb.de/ak_s/ak441/03.htm).